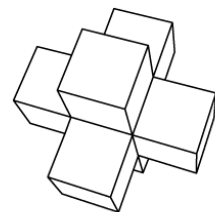


Eine Schweiz  
in Bewegung  
–  
Eine erfolgreiche  
Schweiz

# Intelligente Klimapolitik schafft Wachstum

Positionspapier der FDP Schweiz  
vom 30. Juni 2007



Die intelligente Schweiz  
**Die wachsende Schweiz**  
Die gerechte Schweiz  
Die offene Schweiz

**FDP**  
Wir Liberalen.

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

## Grundsätze

### A. Klimapolitisches Umfeld

1. Internationale Klimapolitik
2. Der Klimawandel: eine ökonomische Herausforderung
3. Kyoto-Ziele:  
Die Schweiz auf Kurs
4. Verkehrspolitik als Trumpf der Klimapolitik

### B. Die Projekte der FDP

1. Energiepolitik ist Klimapolitik
  - 1.1 Eine künstliche Trennung
  - 1.2 Forderungen
2. Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik: Technologien statt Verbote
  - 2.1 Geräte und Fahrzeuge: keine Sonderlösungen
  - 2.2 Ein riesiges Einsparungspotenzial
  - 2.3 Forderungen
3. Dringender Sanierungsbedarf des Gebäudeparks
  - 3.1 Bund und Kantone sind gefordert
  - 3.2 Forderungen
4. Die Schweiz als treibende Kraft der internationalen Klimapolitik
  - 4.1 Die Schweiz ist gefordert
  - 4.2 Die flexiblen Mechanismen als Teil der Strategie
  - 4.3 Forderungen

## Grundsätze

- Eine liberale Klimapolitik zielt auf eine sparsame und verantwortungsvolle Nutzung der begrenzt verfügbaren Ressourcen ab.
- Eine liberale Klimapolitik setzt auf persönliche und unternehmerische Freiheit und verlangt verantwortungsbewusstes Handeln des Einzelnen.
- Eine Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ist von grundlegender Bedeutung.
- Die Klimapolitik muss Instrumente wählen, welche das Erreichen der Umweltziele ermöglicht, ohne die wirtschaftliche Prosperität zu gefährden.
- Die FDP will, dass die Schweiz bei der energie- und ressourceneffizienten Sanierung des Gebäudeparks eine Führungsrolle übernimmt und dadurch auch ihre klimapolitische

Verantwortung zum Ausdruck bringt.

## A. Klimapolitisches Umfeld

### 1. Internationale Klimapolitik

Laut dem UNO-Klimabericht<sup>1</sup> steigt die Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um 1,8 bis 4,0 Grad Celsius im Vergleich zum vergangenen Jahrhundert. Es kann nicht vorausgesagt werden, ob das Klima ein neues Gleichgewicht findet oder ob es ausser Kontrolle gerät. Diese Ungewissheit steht im Zentrum der Klimaproblematik. Da die Auswirkungen des Klimawandels nicht bekannt sind, ist es umso schwieriger, die Wirksamkeit der getroffenen Gegenmassnahmen abzuschätzen.

---

<sup>1</sup> [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch).

Bei der Festlegung der grundlegenden Ausrichtung der Klimapolitik ist ein globaler Ansatz erforderlich. Gemäss Angaben der Europäischen Kommission werden die Emissionen der Entwicklungsländer das Emissionsvolumen der Industrieländer ab dem Jahr 2020 übersteigen. Aus dieser Feststellung geht klar hervor, dass auf weltweiter Ebene gehandelt werden muss. Es ist mittlerweile kaum zu bestreiten, dass sich die Zunahme der Emissionen beschleunigen wird, wenn nichts unternommen wird.

Im März 2007 hat der Europäische Rat betont, dass die EU eine Vorreiterrolle beim internationalen Klimaschutz einnehmen wolle. Im Zentrum steht die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduktionen verpflichten, ist die EU bereit, die Emissionen bis 2020 um 30% gegenüber 1990 zu reduzieren. Unabhängig vom Verhalten anderer Länder



möchte die EU den CO<sub>2</sub>-Austoss um mindestens 20% (im Vergleich zu 1990) verringern. Gemäss den Plänen der EU sollten die entwickelten Länder die Emissionen bis 2050 insgesamt um 60% bis 80% gegenüber 1990 reduzieren. Der von der EU gewählte Ansatz beruht auf klaren, quantitativen Zielen.

## 2. Der Klimawandel: eine ökonomische Herausforderung

Behörden und Private sind aufgefordert, sich mittels verbindlichen Abkommen zum Klimaschutz zu ver-

pflichten und technische Kriterien festzulegen (z.B. bei Geräten und Fahrzeugen), um die Anwendung der effizientesten Technologien sicher zu stellen. Alle betroffenen Kreise sind aufgefordert zusammen zu arbeiten, um die gewünschten Ergebnisse zu erreichen.

Rückversicherer und Finanzinstitute haben in jüngster Zeit ihre Besorgnis über den Klimawandel klar zum Ausdruck gebracht und dessen Auswirkungen für Versicherte und Anleger thematisiert. Der Klimawandel beinhaltet allerdings nicht nur Risiken, sondern auch Chancen (energieeffiziente und CO<sub>2</sub>-arme Technologien).

### 3. Kyoto-Ziele: Die Schweiz auf Kurs

Die Schweizer Klimapolitik beruht vor allem auf dem [CO<sub>2</sub>-Gesetz](#). Die Verkehrs-, die Forst- und die Landwirtschaftspolitik sind weitere wichtige Handlungsfelder der Klimapolitik.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz dient in erster Linie als Grundlage für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Um Ihre Reduktionsziele gemäss Kyoto-Protokoll zu erfüllen, muss die Schweiz bis zum Jahr 2010 (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012) die folgenden Zahlen erreichen: Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses um gesamthaft 10% – bei Brennstoffen um 15%, bei Treibstoffen (ohne internationalen Flugverkehr) um 8% (gegenüber 1990).

Mit ihrem Strom-Mix hat die Schweiz einen klaren Vorteil im Vergleich zu vielen europäischen Ländern. Es ist deshalb nicht sinnvoll, die Wasser- und Kernkraft durch fossile Energieträger zu ersetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) und dem Bund (vertreten durch das Bundesamt für Energie) im Rahmen des Programms EnergieSchweiz ist weiter zu verfolgen. Die Verringerung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Industrie,

Dienstleistung und Gewerbe auf der Grundlage von Vereinbarungen gemäss Energie- und CO<sub>2</sub>-Gesetz sind wichtige Beiträge für eine nachhaltige Klimapolitik. Die ersten Erfahrungen mit dem Klimarappen zeigen ausserdem, dass freiwillige Massnahmen im Sinne des CO<sub>2</sub>-Gesetzes einen wirksamen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten können.

Im Rahmen der Frühjahrs-session 2007 wurden mehrere klimapolitische Vorlagen verabschiedet:

- Mit der Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen und der obligatorischen Kompensation für Gaskraftwerke hat die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung seiner klimapolitischen Verpflichtungen geleistet. Diese Abgabe wird abgestuft nach Zielerreichung eingeführt. Mit den strengen Auflagen für Treibhausgas produzierende Gaskraftwerke wurde ein Entscheid im Sinne der FDP gefällt: mehr Kohä-

renz in der Energie- und Klimapolitik.

- Mit der Änderung des Mineralölsteuergesetzes lassen sich mittelfristig folgende CO<sub>2</sub>-Reduktionen erzielen: 250'000 Tonnen CO<sub>2</sub> im Bereich der Gas- und Biotreibstoffe. Gekoppelt mit anderen Massnahmen (CO<sub>2</sub> Abgabe auf Treibstoffen oder Fördermittel aus dem Klimarappen) kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 683'000 Tonnen gesenkt werden. Diese steuerliche Förderung von Treibstoffen, die ein geringes Mass an Emissionen freisetzen, ist zu begrüssen.

- Im Rahmen der Revision des Energiegesetzes wurde die Förderung der erneuerbaren Energien (320 Mio. CHF pro Jahr) klar verbessert.

Der Klimarappen als freiwillige Massnahme im Sinne des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wurde ausserdem im 2005 eingeführt. Die Stiftung Klimarappen finanziert sich



über eine Abgabe auf allen Benzin- und Dieselimporten von 1,5 Rp. pro Liter.

Die Einnahmen werden vollständig in Klimaschutzprojekte im In- und Ausland investiert.

Gemäss Aussagen des zuständigen Bundesrats im Rahmen der Energie- und Klimadebatte der Frühjahrssession 2007 kann die Schweiz die Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls mittels der oben erwähnten Massnahmen erreichen.

#### 4. Verkehrspolitik als Trumpf der Klimapolitik

Während der letzten Jahrzehnte hat die Schweiz den Weg der nachhaltigen Verkehrspolitik beschritten. Es wurden bedeutende Investitionen in den Bau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs getätigt. Das Volk und die Stände haben das Ziel, den transalpinen Warenverkehr durch die Schweiz auf der Schiene abzuwickeln, in der Verfassung verankert. Vor allem wegen dieser radikalen Neuausrichtung der Ver-

kehrspolitik gab das Stimmvolk Ende der 1990er Jahre der Modernisierung der Bahn seine Zustimmung.

Die FDP unterstützt die Erstellung neuer Eisenbahnlinien, welche den wirtschaftlichen Erfordernissen der Regionen dienen und auf die demografische Entwicklung Rücksicht nehmen.

Zu den bedeutenden Bahnprojekten zählen insbesondere die neuen Bahnlinien durch die Alpen (NE-AT), die „Bahn 2000“ und die Anschlüsse der Ost- sowie der Westschweiz an das Netz der europäischen Hochgeschwindigkeitszüge. Während die „Bahn 2000“ und ihre Anschlüsse die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn gegenüber dem Flug- und Privatverkehr erhöhen, wird es mit den Eisenbahnachsen durch die Alpen möglich, die Verlagerungsziele im Bereich des Warenverkehrs zu erreichen.

Dieser Weg ist weiterzubeschreiten. Das Projekt „Zukünftigen Entwicklung der

Eisenbahninfrastruktur“ (ZEB Vorlage) ist ein wichtiger Beitrag für eine nachhaltige Mobilität. Die FDP wird in ihrer Vernehmlassungsantwort diese klimapolitische Dimension betonen und entsprechend Stellung nehmen.

Das Parlament hat im Herbst 2006 dem Infrastrukturfonds zugestimmt: So soll etwa der Bau des Nationalstrassennetzes zu Ende geführt und der Betrieb des bereits bestehenden Nationalstrassennetzes garantiert werden; es sollen Mittel des Bundes in die Infrastruktur des privaten und öffentlichen Agglomerationsverkehrs fliessen. Diese Tätigkeitsfelder sowie der Regionalverkehr müssen in den nächsten Jahre Prioritäten darstellen.

Diese Infrastrukturen werden in bedeutendem Masse dazu beitragen, die Klimaziele der Schweiz zu erreichen.



## B. Die Projekte der FDP

### 1. Energiepolitik ist Klimapolitik

#### 1.1 Eine künstliche Trennung

Die Trennung zwischen Klimapolitik und Energiepolitik ist eine künstliche Trennung, denn die beiden politischen Bereiche sind zwei Seiten derselben Medaille. Folgende Ziele werden angestrebt:

- Versorgungssicherheit
- Schonung der Ressourcen
- Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz
- Förderung der erneuerbaren Energien.

In ihrem Ende 2006 veröffentlichten Weltenergieausblick stellt die Internationale Energieagentur

(IEA) fest, dass Kernenergie in vielen Ländern einen bedeutenden Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten kann. Mit dem aktuellen Strom-Mix hat unser Land im Hinblick auf diese beiden Aspekte bereits heute gute Karten in der Hand. Es wäre falsch, den Kurs zu ändern und auf Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern zu setzen. Im Bereich der Treibstoffe erinnert die IEA daran, dass die erfolgreiche Suche nach Alternativen - etwa die Nutzung von Biotreibstoffen und Alternativtreibstoffen aus fossilen Energieträgern (Erdgas) - wesentlich zur Senkung schädlicher Gasemissionen und zur Verringerung der Ölabhängigkeit beitragen kann. Ausserdem werden zahlreiche Massnahmen für mehr Energieeffizienz als ebenso bedeutende Beiträge zur Senkung der Emissionen eingestuft.

Die CO<sub>2</sub>-arme Produktion von Elektrizität ist ein we-

sentlicher Pluspunkt der schweizerischen Energie- und Klimapolitik. Unter Berücksichtigung der Ziele im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit und der Rücksicht auf nachfolgende Generationen ist die Förderung von erneuerbaren Energieträgern von ausschlaggebender Bedeutung.

## 1.2 Forderungen

Im Rahmen der Strategie zur CO<sub>2</sub>-Reduktion ist die Steigerung der Energieeffizienz ein wichtiger Beitrag. Legt man das Schwergewicht auf Massnahmen im Bereich der Mobilität, der Prozessenergie und der Raumwärme, leistet man einen grundlegenden Beitrag zur rationellen Energienutzung und zum Schutz unseres Klimas. Ein effizienter Energieeinsatz schont Ressourcen, Umwelt und Finanzen.

Die FDP setzt sich prioritär für die Vergrösserung des Anteils neuer erneuerbarer Energien am Strom-Mix ein. Ziel ist eine Erhöhung

dieses Anteils auf 7% bis 2020 und auf 10% bis 2030.

Die FDP setzt sich aus klimapolitischen Gründen prioritär für eine CO<sub>2</sub>-arme Stromproduktion ein. Die FDP lehnt die Stromerzeugung mittels Anlagen, die fossile Brennstoffe verwenden, ab.

Sie setzt dabei auf einen Mix aus neuen erneuerbaren Energien, Wasserkraft und Kernkraft:

- Die Wasserkraft ist im Rahmen der heutigen Gesetzgebung zu fördern und weiter auszubauen.
- Die FDP erwartet von der Elektrizitätswirtschaft die unverzügliche Einleitung der Projektierung eines neuen Kernkraftwerkes.

Vom Bundesrat wird eine Informationskampagne zur Kernenergie verlangt. Diese soll auch aufzeigen, welches die Risiken und die Widersprüche einer Auslagerung der Stromproduktion ins Ausland sind (Sicherheit, CO<sub>2</sub>-Emissionen).

Die FDP will den aktuell hohen Eigenversorgungsgrad der Schweiz in der Stromversorgung beibehalten.

Die FDP favorisiert zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele freiwillige Massnahmen und marktorientierte Mechanismen. Wichtige Beurteilungskriterien jeder Massnahme dieses politischen Massnahmen-Mix sind ein günstiges Kosten/Nutzen-Verhältnis und das Prinzip der Staatsquotenneutralität.

## **2. Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik: Technologien statt Verbote**

### **2.1 Geräte und Fahrzeuge: keine Sonderlösungen**

Bei Geräten und Fahrzeugen ist es zwingend, sich im Rahmen der EU-Normen zu bewegen. Es sind keine Sonderlösungen zu schaffen. Klimapolitische Mass-

nahmen dürfen nicht missbraucht werden, neue technische Handelshemmnisse einzuführen.

Zum Beispiel hat die europäische Kommission Anfang 2007 eine neue Strategie präsentiert, welche die Einführung verpflichtender Zielvorgaben im Bereich der Schadstoffemissionen für Neuwagen vorsieht. Durch eine Verbesserung der Fahrzeugtechnologie sollen die Hersteller diese Emissionen senken. Die Vorreiterrolle der EU ist hier zu begrüßen. Die Schweiz sollte diese Entwicklung nicht ignorieren und in diesem Fall keine Sonderlösung schaffen.

### **2.2 Ein riesiges Einsparungspotenzial**

Die freie Mobilität ist ein Grundstein jeder freien Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für die Schaffung und den Erhalt des Wohlstandes. Das Bedürfnis nach Mobilität ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gewachsen und dürfte

auch in Zukunft weiterhin zunehmen. Die Wahl der Verkehrsmittel soll aber durch gezielte Massnahmen sinnvoll beeinflusst werden. Wer Kosten verursacht, soll diese nach dem Verursacherprinzip auch tragen. Effizienzziele können durch Information sowie durch steuerliche Anreize erreicht werden. Das beste Beispiel ist die letzte Mineralölsteuergesetzesrevision. Die Senkung der Besteuerung des als Treibstoff zu verwendenden Erd-, Flüssig- und Biogases sowie der Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen werden eine erhebliche Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ermöglichen. Die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse (z.B. Ökobilanz) sind bei der Gestaltung der Fördermechanismen laufend zu berücksichtigen.

Bei den Apparaten und Maschinen ist das technische Sparpotenzial riesig: zum Beispiel mit einer effizienteren Beleuchtung, mit einer Reduktion des Standby Verbrauchs oder mit

dem Einsatz der besten Haushaltgeräte.

Für den Marktzugang und die Festlegung von Vorschriften muss die beste heutige Technik als Referenz dienen. Ausserdem müssen die Bürger über genug Informationen verfügen, um eine verantwortungsvolle Wahl treffen zu können.

### **2.3 Forderungen**

Die FDP unterstützt die Einführung einer „Energie-Etikette“ für alle elektronischen Geräte sowie freiwillige Vereinbarungen mit den Herstellern, unter anderem für die Festlegung von Mindestanforderungen für den Marktzugang. Diese müssen aber die europäischen Entwicklungen berücksichtigen und dürfen nicht als versteckte neue Handelshemmnisse dienen. Zulassungsbeschränkungen für die ineffizientesten Geräte sind ein angemessenes Instrument. Die Zulassungskriterien müssen rein technischer Art sein. Sie

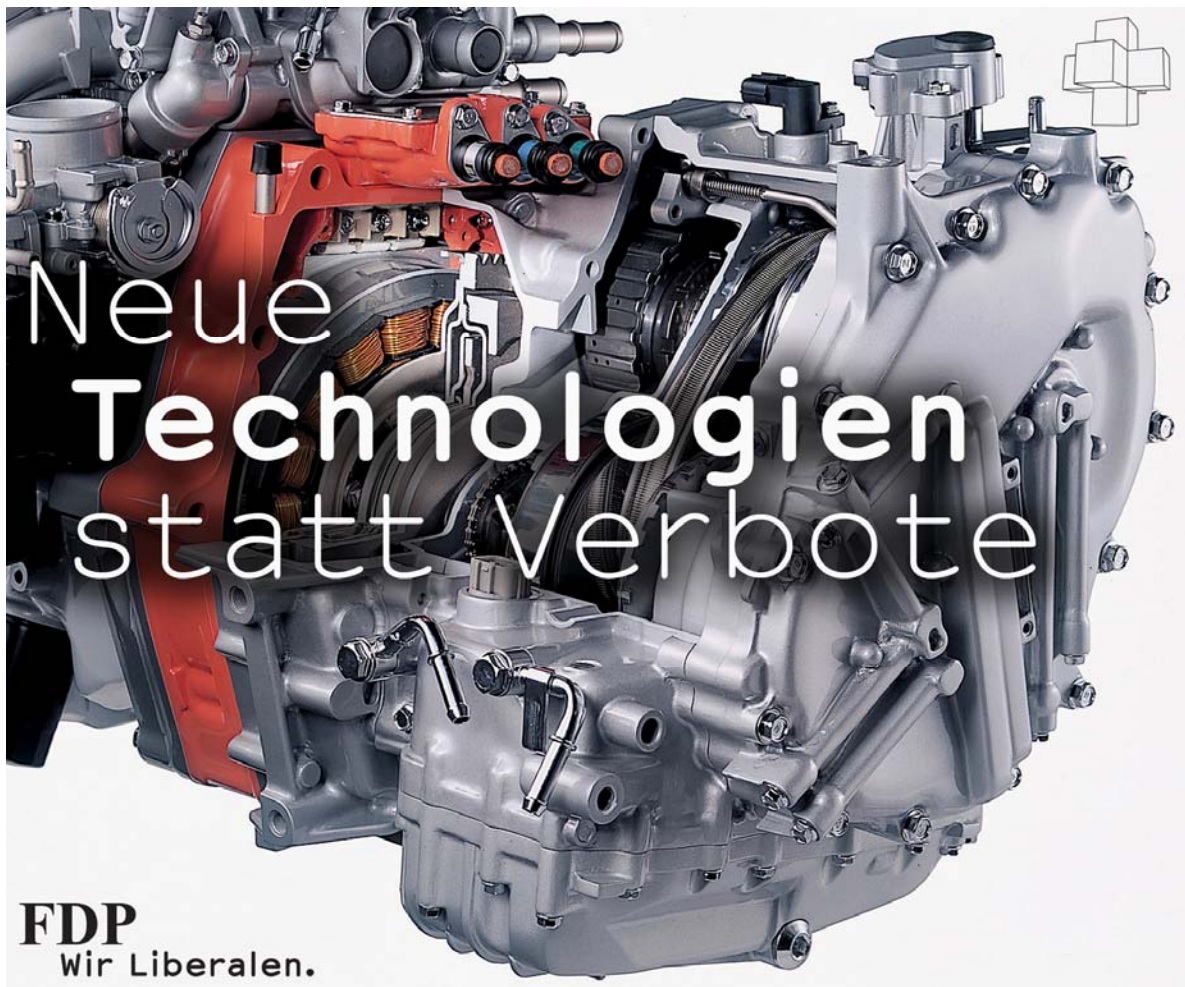
sind regelmässig auf die beste Technik auszurichten, dürfen aber nicht als Vorwand zur Einführung technischer Handelshemmnisse dienen.

Die FDP setzt sich für eine nachhaltige Verkehrspolitik ein, die einen wichtigen Beitrag zum Klima- und zum Umweltschutz leistet.

Drei Projekte sind in dieser Hinsicht rasch zu realisieren:

1. Bahn 2000 ist fertig zu stellen.
2. Der Agglomerationsverkehr ist im Rahmen des Infrastrukturfonds zu unterstützen.
3. Die Verlagerungspolitik ist konsequent und mit realistischen Massnahmen umzusetzen.

Es sind keine neuen Abgaben einzuführen, wie beispielsweise eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen, bevor die heutigen Abga-



ben effizient für den Klimaschutz eingesetzt werden.

## **2.4 Verbrauch statt Investitionen besteuern**

Die Automobilsteuer auf importierten Fahrzeugen sowie die kantonalen Motorfahrzeugsteuern sind abzuschaffen. An deren Stelle soll die Besteuerung des Verbrauchs treten.

Die Parteileitung wurde an der Delegiertenversammlung vom 30. Juni 2007 beauftragt, dazu ein konkretes Konzept auszuarbeiten.

Dabei sind folgende Voraussetzungen zu berücksichtigen:

- 1) Die Umstellung auf die Besteuerung des Verbrauchs erfolgt anstelle einer CO<sub>2</sub> Abgabe.
- 2) Die Steuerausfälle in den Kantonen sind durch Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer vollumfänglich zu kompensieren.
- 3) Die Reform erfolgt aufkommensneutral.

- 4) Die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind zu prüfen und allfällige negative Effekte durch Kompensationsmechanismen zu neutralisieren.

## **3. Dringender Sanierungsbedarf des Gebädeparks**

### **3.1 Bund und Kantone sind gefordert**

Im Artikel 89 Absatz 4 der Bundesverfassung ist folgendes vorgeschrieben: „Für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, sind vor allem die Kantone zuständig.“ Der zweite Absatz lautet aber wie folgt: „Der Bund legt Grundsätze fest über die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien und über den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.“

Die Energieeffizienz im Gebäudebereich ist damit eine Aufgabe, die in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen zu er-

füllen ist. Von den Kantonen wird erwartet, dass sie die Anwendung der energetischen Vorschriften tatsächlich kontrollieren. Analysen in verschiedenen Kantonen haben gezeigt, wie unterschiedlich dies der Fall ist. Gemäss Ansicht der FDP muss der Bundesrat im Rahmen seiner für Ende 2007 angekündigten Energieeffizienz-Strategie, die Situation grundsätzlich überprüfen.

Im Bereich der Neubauten muss sich der Bund auf die Festlegung von Minimalstandards konzentrieren, die auf eine konstante Verbesserung der Energieeffizienz abzielen. Die Standards müssen jedoch in einem vernünftigen Tempo angepasst werden. Häufige Änderungen der Vorgaben sind zu vermeiden, da dadurch den Unternehmen in der Baubranche unverhältnismässige administrative Lasten auferlegt würden. Label wie Minergie-Standards sind zu unterstützen.

Die von der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren für die zweite Hälfte

des Programms EnergieSchweiz (2006 - 2011) beschlossene Strategie ist zu begrüßen. Damit nehmen die Kantone ihre energiepolitische Verantwortung wahr, und die Energieeffizienz wird als Pfeiler einer verantwortungsvollen Klimapolitik festgelegt.

Diese sieht unter anderem eine Senkung des Energieverbrauchs durch Gebäudemodernisierung, die Bewusstseinsbildung in Bezug auf das Benutzerverhalten und die Deckung des Restbedarfes mittels Nutzung von Abwärme und erneuerbarer Energien vor. Die



Umsetzung dieser Massnahmen in den Kantonen ist aber strikt zu kontrollieren.

Es sind nicht die Neubauten, die eine mangelhafte Energieeffizienz aufweisen. Vielmehr sind es die sanierungsbedürftigen Altbauten, deren Zahl rasch zunimmt und die ein grosses Energiesparpotenzial aufweisen. Vor diesem Hintergrund fordert die FDP, dass die kantonalen Bewilligungsverfahren bei energetischen Sanierungen vereinfacht werden.

### **3.2 Forderungen**

In Zusammenarbeit mit den Kantonen soll ein freiwilliger Energieausweis für Gebäude eingeführt werden. Dieses Instrument gibt den Eigentümern, den Mietern und den Käufern einen Überblick über die zu erwartenden Energiekosten und schafft mehr Transparenz für die Vermarktung. Der Ausweis muss leicht verständliche Informationen enthalten. Dieser be-

rechtigt dazu, steuerliche Abzüge auf Bundes- und Kantonsebene geltend zu machen.

Die „Dumont Praxis“ ist abzuschaffen. Gemäss dieser Praxis können nach dem Erwerb einer im Unterhalt vernachlässigten Liegenschaft Unterhaltsarbeiten 5 Jahre lang steuerlich nicht abgezogen werden. Die FDP setzt sich für die Abschaffung dieser bundesgerichtlichen Praxis ein (Parlamentarische Initiative Philipp Müller). Damit wird ein steuerliches Hindernis für Gebäudeinvestitionen eliminiert. Die FDP hat sich in ihrer Vernehmlassungsantwort zur steuerlichen Behandlung von Instandstellungskosten bei Liegenschaften in diesem Sinne geäussert.

Bei Sanierungsprojekten für Grossgebäudekomplexe, die eine Verbesserung der Energieeffizienz bezwecken und keinen wesentlichen Ausbau der Nutzungsfläche vorsehen, sind die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Das Ver-



bandsbeschwerderecht soll nicht mehr zulässig sein.

Entsprechend der Motion des freisinnigen Nationalrats Philipp Müller *Steuerlicher Anreiz für Energiesparmassnahmen bei Altbauten* (07.3010) ist die energetische Sanierung von Altbauten auch durch fiskalische Anreize zu fördern. Eine Möglichkeit bestünde darin, energiesparende Sanierungsinvestitionen mit einem Bonus zu belohnen. Beispielsweise könnte für solche Investitionen ein Multiplikationsfaktor bei der Einkommenssteuer eingeführt werden (eine Investition von CHF 100'000 würde zum Beispiel zu einem Abzug von CHF 120'000 berechtigen). Denkbar sind auch Anreize im Bereich der Vermögenssteuer: So könnte beispielsweise nach der Vornahme von energiesparenden und Wert vermehrenden Investitionen der Steuerwert während einer bestimmten Dauer herabgesetzt werden.

Der Bund soll, analog zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung, die Möglichkeit erhalten, die notwendigen Kompetenzen zu zentralisieren, falls die Minimalstandards zur Verbesserung der Energieeffizienz von den Kantonen nicht eingehalten werden.

## 4. Die Schweiz als treibende Kraft der internationalen Klimapolitik

### 4.1 Die Schweiz ist gefordert

Von der Schweiz als hoch entwickeltes Land wird erwartet, dass sie ihr eigenes Haus ökologisch in Ordnung hält bzw. bringt, mit einer konsequenten Politik zur CO<sub>2</sub>-Reduktion als Vorbild für andere Länder dient und darüber hinaus ihre technologischen und finanziellen Kapazitäten auch für den Umweltschutz in weniger entwickelten Ländern einsetzt.



Im aktuellen *World Energy Outlook 2006* wird davon ausgegangen, dass ohne weitere Massnahmen der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2030 weltweit massiv steigen wird. Unter dem Einfluss der Nachfrage von Schwellenländern, die einen berechtigten Anspruch auf wirtschaftliche Prosperität haben, wird sich zudem die Verteilung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses ändern. Demzufolge werden die Emissionen der OECD-Länder im Verhältnis zu denjenigen der Schwellenländer sinken. Deshalb ist es von grösster Wichtig-

keit, globale Lösungen anzustreben, statt nur regional zu handeln.

Für die Zeit nach Kyoto muss die Schweiz in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ehrgeizige Reduktionsziele bei den Treibhausgasen beschliessen. Eine Klimapolitik, die nur auf Gebote und Verbote setzt, ist abzulehnen und wird kaum erfolgreich sein. Anreize, Fördermassnahmen, klare Rahmenbedingungen sowie ein ständiger Dialog mit der Wirt-

schaft sind von zentraler Bedeutung.

#### 4.2 Die flexiblen Mechanismen als Teil der Strategie

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls können Industriestaaten ihre Emissionen aus Treibhausgasen teilweise im Ausland durch Projekte oder über den Emissionshandel reduzieren. Diese Instrumente sind als Ergänzung zu inländischen Massnahmen (Supplementaritäts-Regel) zu verstehen. Aus globaler Sicht ist es unerheblich, wo die Reduktion stattfindet. Für die Reduktion von Treibhausgasen stehen folgende Mechanismen zur Verfügung: Joint Implementation (JI), Clean Development Mechanism (CDM) und internationaler Emissionshandel.

"Clean Development Mechanism" (CDM) und "Joint Implementation" (JI) sind **Mechanismen**, die eine Projektfinanzierung sowie den Transfer umweltfreundlicher Technologien

ermöglichen. „Clean Development Mechanism" (CDM) erlauben Industrieländern, in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern zu investieren. Mit Joint Implementation (JI) werden dagegen Projekte in anderen Industriestaaten oder Transitionsländern unterstützt.

Im Bereich der Forschung gilt es, im Hinblick auf die Förderung von Projekten zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, den Technologietransfer voranzutreiben. Es gilt daher, die Vernetzung der verschiedenen Akteure zu fördern. Der Bund muss hierbei eine Vermittlerrolle spielen und den Austausch unter den beteiligten Akteuren fördern. Die Partnerschaft zwischen Staat und Privatwirtschaft ist in diesem Bereich ein besonders geeignetes Instrument (z.B. Public Private Partnership). Die technologischen Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen der schweizerischen Hochschulen und der Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien

sind auszunutzen (z.B. Wasserkraft).

### 4.3 Forderungen

Es ist davon auszugehen, dass die beschriebenen flexiblen Mechanismen an Bedeutung gewinnen werden. Die Schweiz braucht hier eine klare Strategie. Länder wie Holland, Finnland oder Österreich haben CDM/JI-Programme beschlossen. Um sich an solchen internationalen Mechanismen zu beteiligen, muss die Schweiz entsprechende Programme vorbereiten. Bis jetzt haben nur Akteure aus der Wirtschaft, wie zum Beispiel die Stiftung Klimarappen, diese flexiblen Mechanismen genutzt. Ausserdem gilt es, bei der Entwicklung solcher Projekte die Nutzung von Schweizer Technologie zu fördern.

Die FDP will, dass die Schweiz im Bereich der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls offensiver wird. Sie soll, wie andere europäische Länder, in diesem Bereich ein nationales Programm zur Senkung

des CO<sub>2</sub>-Ausstosses entwickeln.

Die Schweiz muss bei der internationalen Harmonisierung von Umweltschutzmassnahmen im Luftverkehr eine wichtige Rolle spielen und sich für international koordinierte Massnahmen zur Begrenzung und Reduktion der Treibhausgasemissionen beim Luftverkehr einsetzen. Die EU sieht für die Fluggesellschaften ein System mit Verschmutzungsrechten vor, das 2011 in Kraft treten wird.

Die Energie- und Entwicklungspolitik sind stärker aufeinander abzustimmen. Die Schweiz muss ihre technologischen und finanziellen Kapazitäten auch für den Umwelt- und Klimaschutz in weniger entwickelten Ländern einsetzen. Die ressourcenarmen Länder sind weitgehend vom teuren Energieimport, insbesondere von hohen Ölpreisen abhängig, was die wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Zudem heizt der steigende Energiebedarf der Entwicklungsländer, gekoppelt mit der we-

nig effizienten und umweltbelastenden Energieproduktion, die Klimaerwärmung weiter an.

Die Arbeiten des *International Panel on Climate Change (IPCC)* haben die Notwendigkeit einer langfristigen Politik betont. Die Treibhausgasemissionen sind gemäss dem vierten Gutachten dieses Ausschusses bis Mitte des Jahrhunderts stark zu reduzieren. Dieser Bericht schlägt eine Reihe von Reaktionsmöglichkeiten zum Klimawandel vor. Die Wichtigkeit der Anwendung der besten Technologien in diversen Bereichen (Verkehr, Energieinfrastrukturen usw.) sowie die Diversität der politischen Instrumente (Vorschriften, Abgaben, Anreize usw.) werden dargestellt. Die wünschenswerte Umsetzung einer solchen Politik benötigt eine klare Zielsetzung sowie einen klaren Zeithorizont. Es ist wichtig, den Behörden und den Investoren Planungssicherheit zu gewährleisten und die Akzeptanz der Massnahmen bei den Bürgern zu verbes-

sern. Eine Formulierung von periodischen Reduktionszielen wäre sinnvoll. Vernünftig ist ein Reduktionsziel von mindestens 10% für die erste Periode nach Kyoto. Voraussetzung dafür ist, dass die Schweiz ihre CO<sub>2</sub>-arme Stromproduktion behält.

Für die nächste Verpflichtungsperiode nach 2012 soll die Schweiz eine Klimapolitik betreiben, welche nicht bloss bis 2020, sondern auch längerfristig (bis 2030, 2040, 2050) periodische Reduktionsziele postuliert.